

# Inhaltsverzeichnis

## *Teil 1*

<b>Einleitung</b>	17
A. Gegenstand und Grenzen der Untersuchung	19
B. Gang der Untersuchung	20

## *Teil 2*

<b>Begrifflichkeiten</b>	22
A. „Stimmbindungsvertrag“ und „Pool“	22
B. „Familienunternehmen“	22
I. Die Besonderheiten von Familienunternehmen	23
II. Definitionsansätze für Familienunternehmen aus der betriebswissenschaftlichen Forschung	27
III. Definitionsansatz für börsennotierte Familienunternehmen der Stiftung Familienunternehmen	28

## *Teil 3*

<b>Der Stimmbindungsvertrag als Teil des Poolvertrags zur Erlangung der sachlichen Steuerbefreiung gemäß §§ 13a, 13b ErbStG</b>	29
A. Die Entwicklung des Poolprivilegs gemäß § 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 ErbStG	30
I. JStG 1996 und JStG 1997	31
II. ErbStRG	34
III. BVerfGE 138, 136	36
B. Das Pooling im Kontext der sachlichen Steuerbefreiung nach §§ 13a, 13b ErbStG	39
C. Die Bedeutung von Anteilen an Familienkapitalgesellschaften im Rahmen von § 13b Abs. 1 Nr. 3 ErbStG	41
I. Erbschaft- bzw. schenkungsteuerrechtliche Begünstigung nicht nur für Gesellschafter von Familienunternehmen möglich	41
II. Die Begünstigungsfähigkeit von Anteilen an einer börsennotierten Familien-AG	42

III. Typische Vorkehrungen in Familienkapitalgesellschaften zur Sicherung des Familieneinflusses als Vorbild für die Ausgestaltung des Poolprivilegs .....	45
1. Der Stimmbindungsvertrag in der Familien-AG .....	47
a) Motivation zum Abschluss eines Stimmbindungsvertrags in einer Familien-AG .....	47
b) Der Stimmbindungsvertrag in der AG .....	51
2. Einschränkung der Übertragbarkeit der Anteile an einer Familienkapitalgesellschaft .....	54
a) Motivation zur Einschränkung der Übertragbarkeit von Anteilen an einem Familienunternehmen .....	54
b) Typische Vorkehrungen zur Einschränkung der Übertragbarkeit der Anteile an einer Familienkapitalgesellschaft .....	55
aa) Rechtsgeschäftliche Verfügungen unter Lebenden .....	55
(1) Vereinbarungen in der Familien-GmbH .....	55
(2) Vereinbarungen in der Familien-AG .....	56
bb) Erbanfall .....	56
(1) Vereinbarungen in der Familien-GmbH .....	58
(2) Vereinbarungen in der Familien-AG .....	60
IV. Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen .....	61
D. Der Poolvertrag nach § 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 ErbStG .....	62
I. Verpflichtung, über die Anteile nur einheitlich zu verfügen (§ 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 Alt. 1 ErbStG) .....	62
1. Begriff der Verfügung .....	63
a) Kein zivilrechtliches Verständnis .....	63
b) Verfügungen von Todes wegen .....	65
aa) Wortlaut .....	65
bb) Historische Auslegung .....	66
cc) Systematische Auslegung .....	67
(1) Vergleich mit der 2. Alternative des § 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 ErbStG .....	67
(2) Verstoß gegen § 2302 BGB .....	67
dd) Zwischenergebnis .....	68
2. Einheitlichkeit der Verfügung .....	68
a) Keine gleichzeitige Verfügung aller Anteile zu denselben Konditionen und an denselben Erwerber erforderlich .....	69
b) Verfügung nach einheitlichen Grundsätzen .....	69
aa) Bestimmung des Erwerberkreises .....	70
(1) Familie .....	71
(2) Familienfremde Dritte .....	71
(a) Familienfremde Poolmitglieder .....	71

(b) Außenstehende Dritte .....	72
bb) Zustimmung der Mehrheit der Poolmitglieder .....	75
c) Zwischenergebnis .....	77
II. Verpflichtung, ausschließlich auf andere derselben Verpflichtung unterliegende Anteilseigner zu übertragen (§ 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 Alt. 2 ErbStG) .....	78
1. Verhältnis der 2. Alternative zur 1. Alternative .....	78
2. Zeitgleicher Poolbeitritt .....	79
III. Einheitliche Ausübung des Stimmrechts gegenüber nichtgebundenen Gesellschaftern .....	80
1. Bestimmung eines Aufsichts- oder Leitungsgremiums .....	81
2. Stimmbindungsvertrag .....	82
3. Stimmrechtslose Anteile .....	83
a) Stimmrechtslos ausgestaltete Anteile als Gestaltungsmöglichkeit einer einheitlichen Stimmrechtsausübung im Sinne von § 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 ErbStG .....	84
aa) Verwaltungspraxis der Finanzverwaltung .....	84
bb) Meinungsstand in der Literatur .....	85
cc) Stellungnahme .....	87
b) Einbeziehung stimmrechtsloser Anteile bei der Ermittlung des Kapitals der Gesellschaft? .....	89
aa) Beispielsfall .....	89
bb) Verwaltungspraxis der Finanzverwaltung und Meinungsstand in der Literatur .....	90
cc) Stellungnahme .....	90
c) Zwischenergebnis .....	91
IV. Mindestbeteiligung in Höhe von mehr als 25 Prozent .....	92
1. Unmittelbare Beteiligung des Erblassers bzw. Schenkers durch Bilden einer Personengesellschaft .....	93
a) Erfüllung des Unmittelbarkeitserfordernisses durch Bilden einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft? .....	93
b) Ausgestaltung als Innengesellschaft als Voraussetzung zur Erfüllung des Unmittelbarkeitserfordernis .....	96
2. Einbeziehung von nicht gepoolten Aktien des Erblassers bzw. Schenkers ...	97
a) Konstellation 1: Erblasser bzw. Schenker selbst erreicht Mindestbeteiligungshöhe .....	98
b) Konstellation 2: Weder Erblasser bzw. Schenker selbst noch Pool erreicht die Mindestbeteiligungshöhe .....	98
aa) Beteiligungshöhe als Ergebnis einer Addition .....	99
bb) Anteilsbezogene Auslegung .....	100
cc) Zivilrechtliche Selbstständigkeit der Anteile .....	100

dd) Zusammenspiel mit dem Nachsteuertatbestand nach § 13a Abs. 6 S. 1 Nr. 5 ErbStG .....	102
ee) Zwischenergebnis .....	103
c) Konstellation 3: Nur Pool erreicht Mindestbeteiligungshöhe .....	103
aa) Meinungsstand in der Literatur .....	103
bb) Stellungnahme .....	104
V. Form des Poolvertrags in der AG .....	105
1. Verwaltungspraxis der Finanzverwaltung und Meinungsstand in der Literatur .....	106
2. Stellungnahme .....	106
E. Das Pooling und die Behaltensfrist .....	108
I. Sinn und Zweck der Nachsteuertatbestände § 13a Abs. 6 S. 1 Nr. 4 und Nr. 5 ErbStG .....	110
II. Der Verstoß gegen die Behaltensfrist nach § 13a Abs. 6 S. 1 Nr. 5 ErbStG .....	111
1. Ausscheiden eines Poolmitglieds aus dem Pool .....	112
a) Verstoß gegen die Behaltensfrist nach § 13a Abs. 6 S. 1 Nr. 5 ErbStG ....	112
b) Verhältnis der Nachsteuertatbestände nach § 13a Abs. 6 S. 1 Nr. 4 und Nr. 5 ErbStG zueinander .....	114
2. Verstoß durch den Zweiterwerber .....	117
a) Meinungsstand in der Rechtsprechung .....	118
b) Verwaltungspraxis der Finanzverwaltung .....	119
c) Meinungsstand in der Literatur .....	120
d) Stellungnahme .....	121
3. Erwerber hält nach Aufhebung der Poolbindung selbst mehr als 25 Prozent .....	122
a) Meinungsstand in der Literatur .....	122
b) Stellungnahme .....	123
c) Sonderproblem: Vereinigung aller Anteile des Pools auf einen Erwerber ..	125
aa) Meinungsstand in der Literatur .....	126
bb) Verwaltungspraxis der Finanzverwaltung .....	127
cc) Eigener Lösungsansatz .....	128
4. Halten der Mindestbeteiligungshöhe als ungeschriebenes Tatbestands- merkmal .....	131
a) Verstoß der verbliebenen Poolmitglieder gegen die Behaltensfrist bei Aus- scheiden eines Poolmitglieds .....	131
aa) Meinungsstand in der Finanzverwaltung .....	132
bb) Meinungsstand in der Literatur .....	132
cc) Stellungnahme .....	134
b) Kapitalerhöhung in der Hauptgesellschaft .....	136
aa) Meinungsstand in der Finanzverwaltung .....	136

bb) Meinungsstand in der Literatur .....	136
cc) Stellungnahme .....	137
F. Bestimmungen im Poolvertrag .....	137
I. Fortsetzungs- und Nachfolgeklausel .....	137
II. Mindestdauer des Pools .....	138
1. Die von der Rechtsprechung geprägte Ausgangslage .....	139
2. Meinungsstand in der Literatur .....	141
3. Stellungnahme .....	143
a) Interesse an Lösungsmöglichkeiten .....	144
b) Interesse an einem möglichst langen Kündigungsausschluss .....	146
c) Zwischenergebnis .....	147
G. Der Verstoß gegen Bestimmungen des Poolvertrags .....	148
I. Meinungsstand in der Literatur .....	148
II. Stellungnahme .....	150
H. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse zu Teil 3 .....	151

#### *Teil 4*

<b>Der Stimmbindungsvertrag als Auslöser der Angebotspflicht nach § 35 Abs. 1 und Abs. 2 WpÜG</b>	<b>158</b>
A. Wesentliche Bestimmungen des WpÜG betreffend Pflichtangebote .....	160
B. Zielsetzung des Pflichtangebots .....	161
C. Kontrollbegriff nach § 29 Abs. 2 WpÜG .....	164
D. Kontrollerlangung mittels Stimmbindungsvertrags .....	169
E. Nichtberücksichtigungs- bzw. Befreiungsmöglichkeiten gemäß § 36 WpÜG bzw. § 37 WpÜG .....	172
I. § 36 WpÜG .....	173
II. § 37 WpÜG .....	174
1. § 37 Abs. 1 WpÜG .....	176
2. § 37 Abs. 2 WpÜG i. V. m. § 9 WpÜG-AngVO .....	176
a) Kein intendiertes Ermessen .....	178
b) Keine Ermessensreduzierung auf Null .....	181
c) Zwischenergebnis .....	182
F. Umfang der Angebotspflicht und Abgabepflicht mehrerer Poolmitglieder .....	182
I. Umfang der Angebotspflicht .....	183
II. Abgabepflicht mehrerer Poolmitglieder .....	183

G. Keine Auswirkungen des Verstoßes gegen die Abgabepflicht nach § 35 Abs. 1 und Abs. 2 WpÜG auf die sachliche Steuerbefreiung nach §§ 13a, 13b ErbStG von gepoolten Kapitalanteilen .....	186
H. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse zu Teil 4 .....	187

### *Teil 5*

#### **Auflösung des Spannungsverhältnisses zwischen der sachlichen Steuerbefreiung nach §§ 13a, 13b ErbStG und dem Pflichtangebot nach § 35 Abs. 1 und Abs. 2 WpÜG**

A. Das Spannungsverhältnis zwischen der sachlichen Steuerbefreiung nach §§ 13a, 13b ErbStG und dem Pflichtangebot nach § 35 Abs. 1 und Abs. 2 WpÜG .....	190
I. Erbschaft- bzw. schenkungsteuerrechtlich privilegierter Erwerb von mindestens 30 Prozent der Stimmrechte an einer börsennotierten AG ( <i>Fall 1</i> ) .....	190
II. Schaffung der Voraussetzungen für einen erbschaft- bzw. schenkungsteuerrechtlich privilegierten Erwerb von Aktien an einer börsennotierten AG ( <i>Fall 2</i> ) .....	191
III. Erbschaft- bzw. schenkungsteuerrechtlich privilegierter Erwerb von poolgebundenen Aktien an einer börsennotierten AG ( <i>Fall 3</i> ) .....	192
IV. Poolbindung nach erbschaft- bzw. schenkungsteuerrechtlich privilegiertem Erwerb von Aktien an einer börsennotierten AG ( <i>Fall 4</i> ) .....	192
V. Zwischenergebnis .....	193
B. Auflösung des Spannungsverhältnisses <i>de lege lata</i> .....	194
I. Privilegierung bestimmter Poolkonstellationen in einer börsennotierten Familien-AG .....	194
1. Erstmaliger Poolzusammenschluss .....	195
a) Poolkonstellation 1a: Keine Kontrolle eines zukünftigen Poolmitglieds ..	195
aa) Der beherrschte Pool .....	196
bb) Teilpooling .....	199
(1) Meinungsstand .....	200
(a) Keine Zurechnung ungepoolter Anteile .....	200
(b) Zurechnung der ungepoolten Anteile .....	201
(2) Stellungnahme .....	201
b) Poolkonstellation 1b: Alleinkontrolle eines zukünftigen Poolmitglieds ...	205
aa) Angebotspflicht des Poolmitglieds, das vor dem Poolzusammenschluss bereits Kontrolle gehalten hat .....	205
bb) Angebotspflicht der übrigen Poolmitglieder .....	205
2. Poolbeitritt .....	207
a) Poolkonstellation 2a: Poolbeitritt führt zum Mehrheitspool .....	208
b) Poolkonstellation 2b: Poolbeitritt in einen Mehrheitspool .....	209

aa) Angebotspflicht der dem Pool bereits angehörenden Poolmitglieder ..	209
bb) Angebotspflicht des beitretenden Poolmitglieds .....	210
(1) Betritt in einen beherrschten Mehrheitspool .....	210
(2) Poolbeitritt steht im Zusammenhang mit Nachfolgegestaltung ...	211
3. Begünstigter Erwerb durch ein Poolmitglied .....	212
a) Poolkonstellation 3a: Vor begünstigtem Erwerb weniger als 30 Prozent der Stimmrechte gepoolt .....	213
aa) Angebotspflicht des Erwerbers .....	213
(1) § 36 Nr. 1 WpÜG .....	214
(2) § 37 Abs. 2 WpÜG i. V. m. § 9 S. 1 Nr. 1 und Nr. 2 WpÜG-AngVO ..	216
(a) § 9 S. 1 Nr. 1 WpÜG-AngVO .....	216
(b) § 9 S. 1 Nr. 2 WpÜG-AngVO .....	219
bb) Angebotspflicht der übrigen Poolmitglieder .....	220
(1) Besondere Bedeutung des Teilpoolings .....	220
(2) § 37 Abs. 1 Var. 1 WpÜG .....	221
(3) Auswirkungen der Begünstigung des Erwerbs .....	222
b) Poolkonstellation 3b: Begünstigter Erwerb in einem Mehrheitspool .....	224
4. Besonderheiten bei erstmaligem Poolzusammenschluss bzw. Poolbeitritt im Zusammenhang mit einem begünstigten Erwerb .....	225
a) Meinungsstand in der Literatur .....	226
b) Verwaltungspraxis der BaFin .....	227
c) Stellungnahme .....	228
5. Zwischenergebnis .....	230
II. Unterschiedliche Zielsetzungen .....	230
C. Auflösung des Spannungsverhältnisses <i>de lege ferenda</i> .....	232
I. Keine Herabsetzung der Mindestbeteiligungshöhe gemäß § 13b Abs. 1 Nr. 3 ErbStG .....	232
II. Keine Neugestaltung des Poolprivilegs gemäß § 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 ErbStG ...	235
1. Investieren reine Kapitalanleger nur bei erwartbar hohen Dividendenren- diten? .....	236
2. Möglichkeit der Einflussnahme auf unternehmerische Entscheidungen maß- gebend .....	237
3. Zwischenergebnis .....	238
III. Neugestaltung von § 13b Abs. 1 Nr. 3 ErbStG .....	239
IV. Ausgestaltung der Vorgaben .....	244
V. Zwischenergebnis .....	246
D. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse zu Teil 5 .....	247

*Teil 6*

<b>Zusammenfassung der wesentlichen Thesen</b>	252
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	256
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	287